

Absender:
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

12. Dezember 2025

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
SPD-Wahlkreisbüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

Pressemitteilung

Brüssel, 12. Dezember

Kurz vor dem entscheidenden Dezember-Gipfel der Staats- und Regierungschefs hat die SPD-Europaabgeordnete für Mecklenburg-Vorpommern, Sabrina Repp, eine gemeinsame Aktion für die Wahrung der regionalen Mitsprache im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 initiiert.

Unterstützt wurde die Initiative von der Präsidentin des Europäischen Ausschusses der Regionen, Kata Tüttö, sowie zahlreichen Abgeordneten verschiedener Fraktionen. Zum Auftakt der Plenartagung des Ausschusses der Regionen setzten Vertreterinnen und Vertreter regionaler und lokaler Kommunen sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments im Plenarsaal in Brüssel mit einer Fotoaktion ein deutliches Signal für die Bedeutung starker Regionen innerhalb der Europäischen Union.

Sabrina Repp erklärte im Anschluss an die Aktion:

„Die Europäische Union braucht starke Regionen, um Wachstum zu fördern, den Klimaschutz umzusetzen, in Zukunftstechnologien zu investieren und den Zusammenhalt zu stärken. Pläne von Ursula von der Leyen, Förderprogramme stärker zu nationalisieren, gehen in die falsche Richtung. Wenn regionale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger übergegangen und bewährte Programme wie der Europäische Sozialfonds geschwächt werden, leidet das Vertrauen in die EU.“

Nicht nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sondern auch Mitglieder anderer Fraktionen im Europäischen Parlament sowie aus den regionalen Parlamenten fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, die regionale Mitsprache zu erhalten und zentrale Errungenschaften der europäischen Zusammenarbeit nicht aufs Spiel zu setzen. Die Kohäsionspolitik hat Verfassungsrang, ist vielerorts erfolgreich und sichtbar. Sie muss finanziell gut ausgestattet bleiben, damit EU-Mittel direkt bei den Menschen vor Ort wirken und neben wirtschaftlichen Zielen auch soziale Teilhabe, Umweltschutz und vieles mehr ermöglichen.“

Der **Dezember-Gipfel** gilt als entscheidend für die Zukunft der Kohäsionspolitik. Die aktuellen Verhandlungen zum nächsten EU-Haushalt haben direkte Auswirkungen auf die Regionen. Der derzeit diskutierte Vorschlag würde ihre Einflussmöglichkeiten deutlich einschränken und den effektiven Einsatz von

Fördermitteln vor Ort gefährden. Klar ist zugleich: Ohne eine solide finanzielle Ausstattung kann die Kohäsionspolitik ihren Beitrag zum europäischen Zusammenhalt nicht leisten.

Auch die **Europaministerinnen und Europaminister der 16 Bundesländer** befassen sich am 11. und 12. Dezember in Brüssel mit den geplanten Änderungen und ihren Folgen für die regionale Arbeit.

Die breite Unterstützung aus verschiedenen politischen Lagern und aus dem Ausschuss der Regionen zeigt deutlich: **Die Verantwortung für regionale Entwicklung und die enge Verbindung zwischen EU-Fördermitteln und lokalen Bedürfnissen werden europaweit geteilt.**